

Nach dem Ja zur Abschottungs-Initiative ist der Schlamassel perfekt.

Die Sonderfall-Falle

Untätige Bundesräte, alte Mythen, ziemlich viel Realitätsverlust und ein geteiltes Land. Was jetzt? 24 Stunden später brachte es ETH-Professor Christian Schmid auf den springenden Punkt. In einem Interview auf Newsnet sagte der Geograph und Soziologe zum Ja zur SVP-Abschottungsinitiative: „Ich bin versucht zu sagen, das Einwanderungsproblem ist kopfgemacht.“ Anders könne man sich nicht erklären, dass zum Beispiel gerade der Kanton Schwyz die Initiative mit grosser Mehrheit angenommen habe. Dies, obschon Schwyz mit verhältnismässig geringem Ausländeranteil nicht übermässig von der Einwanderung betroffen sei.

Kein Dichtestress

Inzwischen wissen wir es definitiv: Weder die „Masseneinwanderung“ noch der „Dichtestress“, die zwei Kampfbegriffe der SVP im Abstimmungskampf, waren die Ursache für das hauchdünne Ja zur Fremdenfeindlichkeit am 9. Februar. Wären sie es gewesen, hätten vor allem die Städte und Zentrumsgebiete mit hohem Ausländeranteil und vollen Zügen Ja sagen müssen. Doch sie sagten (mit Ausnahme des Kantons Tessin) deutlich Nein.

Umgekehrt fand die SVP-Initiative vor allem auf dem Land und in den Agglomerationen Zuspruch. Der Grad der Urbanisierung hat das Verhalten der Stimmenden wesentlich bestimmt: Je urbaner eine Region oder ein Bezirk, desto grösser die Opposition gegen die Abschottungsinitiative. Das erklärt den ausgeprägten Stadt-Land-Gegensatz.

Entscheidend für das Stimmverhalten war aber auch, wie stark die SVP in einer Region ist. In den rot-grünen Städten hatte die Initiative auch deshalb wenig Chancen. Neben dem Röstigraben (alle Westschweizer Kantone sagten Nein, fast alle Deutschschweizer Kantone sagten Ja) zeigte sich also auch ein ausgeprägter Rechts-Links-Gegensatz.

Keine Insel

Es ging um die nationale Identität. Das sagt der Schweizer Historiker Thomas Maissen („Tages-Anzeiger“, 15.2.2014). Die SVP hat auf Werte gesetzt: auf Einkehr und Masshalten, auf die schöne Natur. Maissen: „Sie malte das Bild einer Schweizer Insel inmitten Europas als schützenswerten Horts der Tugend.“ Im Gegenzug hätten die Gegner der Initiative bloss ökonomistisch argumentiert, mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Schweiz. Die immateriellen Werte haben weit über die SVP-Klientel hinaus überzeugt. Die Schweiz als „gute“ Insel im „bösen“ Europa. Auch Deutschland, Frankreich und England haben ihre Probleme mit Europa. Doch sie inszenieren nicht diesen „Mythos der Unabhängigkeit vom Rest des Kontinents“ (Maissen). Die Sonderfall-Falle Schweiz ist also wieder einmal zugeschnappt. Die Abschottungsrhetorik der SVP konnte auf fruchtbaren, da traditionell beackerten Boden fallen. Wenn schon, sei Europa auf die Schweiz angewiesen – und nicht umgekehrt, so die realitätsfremde Logik, die SVP-Vize Christoph Blocher weiterhin verbreitet. Gegenüber der „Sonntagszeitung“ meinte er: „Im Moment sieht alles sehr gut aus. Die EU ist der Demandeur bei den bilateralen Verträgen, nicht die Schweiz.“

Umso schockartiger holt die Realität die Schweiz jetzt ein. Plötzlich erhalten die Konsequenzen des Ja zur Abschottung Namen und Dimensionen. Die EU hat die Verhandlungen über das milliardenschwere Forschungsabkommen Horizon 2020 und das Studierenden-Austauschprogramm Erasmus+ ausgesetzt. Und auch der bereits ausgehandelte Vertrag über die anstehende Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien kann jetzt nicht unterzeichnet werden. Plötzlich dämmerte es der Schweiz: wir sind schon lange Teil von Europa.

Keine Durchsage

Warum hatten die zwei Bundesräte und die eine Bundesrätin, die gegen die SVP-Initiative antraten, nicht auf diese Konsequenzen hingewiesen? Die Antwort ist ebenso banal wie ernüchternd. Sie sahen das Desaster nicht kommen. Und sie waren anderweitig beschäftigt. Wirtschaftsminister Schneider-Ammann war wegen früherer Steueroptimierungsgeschäfte seiner Firma wegen Jersey unter Druck und deshalb abgetaucht. Aussenminister Burkhalter hatte im olympischen Sotschi zu tun. Und Justizministerin Sommaruga bemühte sich, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, statt sie den Leuten zu nehmen. Keine klare Durchsage auch von der Wirtschaft. Sie lehnte zusätzliche Massnahmen gegen Lohndumping, wie sie die Gewerkschaften und Linken forderten, kategorisch ab. Dies, obschon bereits vor der Abstimmung klar war, dass die Initiative im Lohndumping-Kanton Tessin alle Chancen hatte. Den Rest überliessen Economiesuisse & Co. FDP-Präsident Philipp Müller. Ausgerechnet: Der Aargauer wollte die Einwanderung mit seiner 18-Prozent-Initiative einst selber deckeln. Noch radikaler als die SVP jetzt. Wer glaubt schon einem Brandstifter, wenn er als Feuerwehrmann auftritt?

Keine EU-Debatte

Wo die Rechtspopulisten siegen, hat die Politik versagt. Das sagt der Deutsche Ökonom Heiner Flassbeck: „Gäbe es eine klare Analyse der Eurokrise und eine ruhige und rationale Diskussion darum, wie kleine

Länder in das Weltwährungssystem integriert werden können, ohne sie allzu grossen Schocks auszusetzen, würden auch viele Schweizer besser verstehen, dass man nicht einfach die Vorteile des freien Güter- und Kapitalverkehrs ausnutzen, aber die möglichen Nachteile, wenn es um die Mobilität von Menschen geht, ablehnen kann.“

Doch diese Analyse gibt es nicht: Seit Jahren scheuen in der Schweiz Links und Rechts eine EU-Debatte. Auch deshalb sind Chaos und Verunsicherung jetzt so gross. Antizipierende Politik war noch nie die Spezialität im Bundeshaus. Siehe Bankgeheimnis.

Derweil verstärkt die siegreiche SVP ihren Druck: Für den Fall, dass der Bundesrat bei der Umsetzung der Abschottungsinitiative zu langsam spurt, schwingt sie schon mal die Ecopop- Keule. Die anstehende Initiative will die Zuwanderung drastisch beschränken.

Die Blocher-Partei macht auch immer deutlicher, wie sie sich den Weg zurück zur ineffizienten und menschenverachtenden Kontingentwirtschaft früherer Zeiten vorstellt, die die Personenfreizügigkeit ersetzen soll. Der ehemalige Chef der Bündner Fremdenpolizei und SVP-Mann Heinz Brand erklärt es so: «Ein Zuger Rohstoffhändler, der beispielsweise jährlich drei Millionen Franken verdient, wird auch künftig problemlos seine Familie nachkommen lassen können.» Ein Kellner in der Gastronomie oder ein Maurer auf dem Bau sollen dieses Recht nicht mehr haben. Apartheid nach Schweizerart.

Keine Schweizer

Mit dem Ja zur Abschottung sind jetzt – wenn die SVP sich durchsetzt – auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen Lohn- und Sozialdumping gefährdet. Sie sind eng mit der Personenfreizügigkeit verbunden. Und eine epochale Errungenschaft der Gewerkschaften und Linken. Der Milliardärspartei SVP war dieser Schutz der Lohnabhängigen schon lange ein Dorn im Auge. Im Blocher-Blatt «Weltwoche» polemisierte jüngst der Zürcher SVP-Banker Matter gegen die Flankierenden und die zunehmende „Macht der Gewerkschaften“. War dieser Angriff gegen den Schutz der Lohnabhängigen die versteckte Agenda der SVP hinter der Abschottungsinitiative?

Offene Grenzen für die Wirtschaft, die Banken und die Millionäre; Zäune, Diskriminierung und Lohndrückerei für Búezer: Fast die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer stimmten am 9. Februar gegen dieses SVP-Projekt. Deshalb beschimpft sie SVP-Führer Christoph Blocher nun als Schein-Schweizer. Die Westschweiz, weil sie «schon immer ein schwaches Bewusstsein für die Schweiz» gehabt habe. Und die Städterinnen und Städter, weil sie sowieso «in die EU wollen». Wie lange geht es, bis uns Blocher auch ausschaffen will?

Marie-Josée Kuhn.

Work online, 20.2.2014.

Personen > Kuhn Marie-Josée. Einwanderung. Nationalismus. Work. 2014-02-20